

Körperliche Gewalt an Berliner Schulen steigt



Die [Berliner Morgenpost](#) berichtet aktuell über eine höchst unerfreuliche Entwicklung an Berliner Schulen: *Die Gewalt an Berliner Schulen*

ist deutlich gestiegen. Vor allem Grund- und Sekundarschulen melden Vorfälle. Mehr Sozialarbeiter an den Schulen sollen das Problem in den Griff bekommen. Auf die Idee, dass gerade Kinder und Jugendliche aus schwierigen Milieus, die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die Mehrzahl dieser Gewalttaten begehen, klare Regeln, Strukturen und ein gesundes Maß an Autorität benötigen, kommt in der chaotischen Bundeshauptstadt natürlich niemand. Einfach ein paar Sozialarbeiter mehr einstellen – und dann klappt das schon. Das ist natürlich zu kurz gedacht.

(Von cantalooop)

Die Morgenpost weiter:

Prügeln, treten, gewaltsam Schuhe oder Jacken abziehen – an den Berliner Schulen haben Fälle schwerer körperlicher Gewalt zugenommen. Im vergangenen Schuljahr wurden der Bildungsverwaltung 511 Taten gemeldet, 68 mehr als im Jahr zuvor. Auch Bedrohungen unter Schülern sind an der Tagesordnung. 2013/14 wurden 340 solcher Vorfälle dokumentiert, 29 mehr als im Schuljahr 2012/13.

Es werden also weitere schwurbelige Sozialbetreuer,

Migrationsforscher, Deeskalationsexperten, Psychologen und sonstige Profiteure der Migrations-Industrie eingesetzt, die die bestehenden Probleme nicht etwa lösen, sondern vervielfältigen. Jugendliche, die aus chauvinistischen Macho-Kulturen zugewandert – und permanent innerhalb ihrer Familie und im nahen sozialen Umfeld Gewalt ausgesetzt – sind, kann man nicht mit gutgemeinten Weichei-Gesprächen und Sozial-Kuscheln beeindrucken. Für Menschen aus solchen Steinzeit-Kulturen ist Gewalt und Brutalität ein völlig normales Mittel, um seine Meinung zu manifestieren. „Deeskalation“ ist für die meist muslimischen Jugendlichen ein Zeichen von Feigheit und Schwäche. Und genau das lernen in solchen Milieus schon die ganz kleinen Kinder – was man mittels empirischer Forschung ganz klar darlegen könnte, wenn man denn wollte.

Hier prallen Orient und Okzident aufeinander – und am Ende wird sich der physisch Stärkere durchsetzen. So wie es die Problem-Jugendlichen eben innerhalb ihrer muslimischen Clans, auf der Straße und in den Moscheen erleben. Wenn man keine Antwort mehr hat, oder in Ermangelung von Sprachkenntnissen erst gar nicht versteht, was gemeint ist – schlägt man erst einmal zu. Es passiert einem ja meistens außer einem „Dududu – das macht man aber nicht“ nicht viel.

Auch Lehrer bleiben von dieser Art der zumeist orientalischen Argumentationsstrategie nicht verschont – [wie man unlängst im Spiegel lesen konnte](#). Dennoch wird auch hier nicht etwa energisch durchgegriffen, sondern ausgesessen, relativiert und beschönigt – wie üblich. Zitat:

Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) führt die Zunahme von Gewaltvorfällen aber auch auf ein sensibleres Meldeverhalten der Schulen zurück. Berücksichtigt werden müsse zudem, dass die Schülerzahlen gestiegen sind, sagt Scheeres. „Ungeachtet dessen müssen wir die Krisen- und Gewaltprävention weiter ausbauen.“ Ein friedliches Schulklima sei Voraussetzung für erfolgreiches Lernen.

Also – liebe Berliner Schul-„Verantwortlichen“, auch ihr werdet es noch lernen, wie man mit problematischen Jugendlichen umgeht – und diese dann „nachhaltig“ den Regeln der Gesellschaft folgen. Einfach mal bei unseren amerikanischen Freunden abschauen – dort gibt es sog. [boot-camps](#) für gewaltaffine Problempubertierende – und diese „heilen“ einen Großteil dieses Klientels sehr schnell und dauerhaft. Da erübrigen sich dann die zahlreichen „Sozialbetreuer“.



Afghanistan: „Asyl-Reisebüros“ radikale Muslime nach Europa schleusen



Nein, es handelt sich hier nicht um einen verirrten April-Scherz. Auch hat die

folgende Meldung mit Satire leider so gar nichts gemein. „Garantiert Asyl in Deutschland“, heißt der Werbespruch, mit dem Afghanen eine neue Zukunft in Deutschland versprochen wird. Ob per erster, zweiter oder dritter Klasse hängt dann nur noch vom Geldbeutel des „Reisenden“ ab. Mittlerweile nutzen auch Terroristen immer häufiger dieses verlockende Angebot.

In einem Erlebnisbericht des Oberstarztes der Bundeswehr a. D. Reinhard Erös [im Focus](#) ist zu erfahren:

Gefährliche Entwicklung – mafiöse „Reisebüros“ in Kabul schleusen Afghanen nach Deutschland. Die Jugend Afghanistans hat längst die Hoffnung auf bessere Lebensumstände aufgegeben. Das nutzen mafiös organisierte „Reisebüros“ aus: Sie bieten die Reise nach Deutschland plus Asylstatus in mehreren Preisklassen an. Auch Islamisten nutzen zunehmend den „Service“.

Weiter heißt es dort:

Economy, Business und First-Class-Reisen

Die Menschen, besonders die jungen, fliehen zu Tausenden aus dem Land. Unter den Asylsuchenden in Bayern nehmen die Afghanen inzwischen einen Spitzenplatz ein. Ich hatte Gelegenheit, über Mittelsmänner in Kabul ein sogenanntes „Asyl-Reisebüro“ heimlich aufzusuchen. Dort können ausreisewillige Afghanen eine Reise nach Europa „buchen“. Drei Klassen werden angeboten: Economy, Business und First-Class-Reisen.

Für circa 8000 Euro geht die Economy-Reise auf Lastwagen und Bussen über den Iran, die Türkei, Griechenland bis nach Mitteleuropa. Die Reisedauer ist ungewiss, der „Service“ einfach, der Erfolg nicht sicher.

Auch Terroristen könnten die Reisen für ihre Zwecke nutzen

In der "Business-Class" wird der Ausreisewillige für etwa 13.000 Euro mit Privat-Autos und Unterbringung in Hotels auf der gesamten Strecke ins „gewünschte Land“ gebracht. Deutschland und die Niederlande sind hier die Favoriten.

Wer die etwa 25.000 Euro für eine First-Class-Reise aufbringt, bekommt exzellent gefälschte Reisedokumente inklusive einem Flugticket – allerdings Economy-Class – über die Türkei nach Deutschland oder in ein anderes mitteleuropäisches Land.

Fingierter Lebenslauf

Alle „Reisenden“ erhalten vor Abfahrt einen detaillierten, fingierten Lebenslauf, in dem sie individuelle Fluchtgründe, welche einen erfolgreichen Asylantrag bei uns versprechen, auswendig lernen. Inklusive der Namen von Zeugen, welche gegen Bezahlung die Fluchtgründe bei Bedarf unseren Behörden bestätigen.



Hinter den Reisebüros stecken mafia-ähnlich organisierte Schleuserbanden mit europakundigen Angestellten. Sie sind im Zeitalter des Internets bestens informiert. Sie wissen, dass sich besonders die deutschen Flüchtlingsorganisationen für Asylbewerber aus Krisengebieten erfolgreich engagieren. Mit

dem plakatierten Versprechen „Garantiert Asyl in Deutschland“ gelingt es den Schleusern, immer mehr Kunden anzulocken, die Preise anzuheben und ihren Profit zu maximieren.

Flüchtling oder Terrorist?

Inzwischen haben auch Drogenhändler im Süden des Landes dieses neue Geschäftsmodell für sich entdeckt und steigen zunehmend in diesen Markt ein. Kein Wunder: Allein 5000 Economy-Class-Flüchtlinge im Jahr garantieren einen Gewinn von 40 Millionen Euro.

Dazu kommt: Auch militante islamistische Gruppen, durch den Erfolg des Islamischen Staates in Syrien und Irak motiviert, sehen in diesem Vorgehen eine gute Möglichkeit, Terroristen als Schläfer unter dem Deckmantel Flüchtlinge getarnt nach Europa einzuschleusen. Ein ranghoher afghanischer Polizeibeamter bestätigte mir gegenüber diese Entwicklung.

Für unsere Behörden ist es bislang kaum möglich, tatsächlich Asylberechtigte, die es natürlich gibt, von Reisebüro-Flüchtlingen oder terroristischen Schläfern zu unterscheiden.

So aufschlussreich der Text auch ist, so bedauernswert sind leider die am Ende vorgeschlagenen [Problemlösungsstrategien des Oberstarztes a.D.](#)

Dort wird dann von der Aufnahme aller Flüchtlinge gesprochen und der Prüfung ihrer Geschichte (ist Wahrheitsfindung unter diesen Umständen möglich?), der Forderung nach Stärkung und Zusammenarbeit mit den afghanischen Sicherheitsdiensten (mit die korruptesten weltweit). Er spricht von Mitteln, die durch den Bundeswehrabzug angeblich frei würden (die sind mit Sicherheit schon anderweitig verplant), um dort Fluchtgründe zu beseitigen. Bildung, Ausbildung und menschenwürdig bezahlte Arbeitsplätze stehen hier an erster Stelle, schreibt Herr Erös. Ist das wirklich unsere Aufgabe? Aufgrund der demographischen Lage in Deutschland assoziiert er etwas von

geordneter Zuwanderung (aus Afghanistan, ist das sein Ernst?!).

Zum Ende seiner Empfehlungen schreibt Erös dann noch von den weitaus niedrigeren Kosten, die auf uns zukommen könnten, wenn wir die Menschen in Afghanistan unterstützen würden, statt sie bei uns zu finanzieren. Das mag schon stimmen, nur sollten wir uns zuallererst die Frage stellen, wen wir finanzieren und wen wir überhaupt in unser Land lassen wollen. Auch da sollten wir die richtigen Prioritäten setzen. Sollten wir nicht zuallererst jene unterstützen, die unserer Kultur und dem Glauben der meisten Menschen in Europa positiv gegenüberstehen, statt jene zu stärken, die mit unseren Werten nichts zu tun haben wollen – nein, sie sogar rigoros bekämpfen wollen!?

Frankenthal (Pfalz): Asylant rastet völlig aus



Am Mittwoch (1.10.) ist im Frankenthaler Rathaus (Pfalz) ein Asylbewerber ausgerastet und hat dort mehrere Mitarbeiter verletzt. Am Vormittag gingen bei der Polizeiinspektion Frankenthal mehrere Notrufe aus dem Rathaus ein. Die Anrufer meldeten einen Randalierer im 1. Stock des Rathauses. Eine Sachbearbeiterin

der Stadtverwaltung führte dort ein Beratungsgespräch mit einem 30-jährigen Asylanten. Im Verlauf dieses Gesprächs zerschlug der Mann die Büroeinrichtung, trat die Rathausmitarbeiterin und einen anderen Asylbewerber, der eingreifen wollte, ebenso eine weitere Mitarbeiterin. Die Opfer liegen mit schweren Verletzungen im Krankenhaus.

Der [Südwest-Rundfunk](#) berichtet:

Mehrere Mitarbeiter der Stadtverwaltung werden zudem weiter ärztlich betreut. Die Polizei will nach eigenen Angaben mit den Vernehmungen so lange warten, bis es den Betroffenen besser geht.

Der 30-Jährige aus Guinea hatte am Mittwoch im Rathaus laut Oberbürgermeister Theo Wieder (CDU) Geld vom Sozialamt gefordert. Da er in Frankenthal aber nicht gemeldet war, hatte ihn die Mitarbeiterin an die Ausländerbehörde verwiesen. Zunächst habe er den Raum daraufhin verlassen, sei dann aber zurückgekehrt und habe auf die Frau eingeschlagen und -getreten.

Plötzlich ausgerastet

Ein anderer Asylbewerber, der zufällig anwesend war, sei dazwischen gegangen; auch ihn habe der wutentbrannte Mann verletzt, ebenso eine weitere Mitarbeiterin. Dann sei er in andere Räume des Sozialamts gerannt und habe wahllos die Einrichtung in fünf Büros zerstört, Computer heruntergerissen und Möbel zertrümmert. Die Polizei konnte den Mann schließlich festnehmen. Der Schaden beträgt rund 10.000 Euro.

Wie Polizei und Staatsanwaltschaft mitteilten, war der Mann aus Westafrika schon zuvor wegen Gewaltdelikten aufgefallen. Er verweigerte die Aussage und wurde wegen gefährlicher Körperverletzung und Sachbeschädigung in Untersuchungshaft genommen.

Mitarbeiter unter Schock

Mehrere Mitarbeiter der Behörde wurden psychologisch betreut. Der betroffene Bereich des Sozialamts wurde abgesperrt und bleibt am Donnerstag geschlossen. Bei der Polizeiinspektion Frankenthal waren wegen des Vorfalls mehrere Notrufe eingegangen.

Von diesen Schätzchen brauchen wir noch ein paar mehr, denn irgendwann hat sich der zahlende Dumm-Michel daran gewöhnt, dann regt soetwas niemanden mehr auf.



Lucke distanziert sich von SVP – in Bremen keine Zusammenarbeit der AfD mit BIW



Gegenüber der Schweizer Zeitung „Blick“ zeigte sich AfD-Chef Lucke „erschüttert“ über den Vergleich der AfD mit der SVP und behauptete, die stärkste Schweizer Partei würde „gegen Muslime hetzen“. In Bremen hat der Landesvorstand der AfD schon den „Bürgern in Wut“ (BIW) von Jan Timke eine Absage für eine Zusammenarbeit erteilt, obwohl es noch überhaupt keine Gespräche zwischen den beiden Parteien gab. Zudem hat der Wahlkampf noch gar nicht begonnen,

denn in Bremen ist erst am 10. Mai des nächsten Jahres Bürgerschaftswahl.

(Von Michael Stürzenberger)

Der Blick berichtet:

Ist die Partei also die SVP Deutschlands? «Ich bin offen gestanden erschüttert, wenn Sie diesen Vergleich anstellen», sagt er auf die entsprechende Frage.

Er habe SVP-Plakate gesehen. Darauf mache die Partei Stimmung gegen Muslime – «geradezu in hetzerischer Art und Weise». So etwas mache die AfD nicht, erklärt Lucke.

Die SVP betreibt bürgernahe Politik und ist damit auch die stärkste Kraft in der Schweiz geworden. Ihre Initiativen zu Volksentscheiden, beispielweise über das Minarettverbot oder die Ausschaffungsinitiative, erzielen regelmäßig Mehrheiten. Die AfD aber bemüht sich immer wieder, jegliche Nähe zu vermeintlich „rechten“ Parteien zu vermeiden. Die Einreihung in [die antidemokratischen Abwürger](#) des Bürgerbegehrens im verlogenen Münchner Stadtrat zum geplanten Skandal-Islamzentrum ist ein weiteres Beispiel dieser Strategie. Ebenso die voreilige Ankündigung des Bremer Landesvorstandes, niemals eine Zusammenarbeit mit den „Bürgern in Wut“ von Jan Timke eingehen zu wollen. bluNews berichtet:

„LaVo Bremen hat heute erneut einstimmig beschlossen, dass es keine Zusammenarbeit mit den BIW geben wird“, schrieb das Bremer Vorstandsmitglied und Bundesschatzmeister der AfD, Piet Leidreiter, am gestrigen Abend auf Facebook (mit „LaVo“ ist wohl der Landesvorstand gemeint). Gegenüber blu-NEWS erklärte Christian Schäfer, Landessprecher der AfD in Bremen, die Wortwahl seines Vorstandskollegen sei „unglücklich gewählt“ gewesen, da sie eine Distanzierung von den Bürgern in Wut suggeriere, die so aber nicht Gegenstand des Vorstandsbeschlusses gewesen sei.

Wie Schäfer ferner mitteilte, habe es in der jüngeren Vergangenheit immer wieder Aufforderungen an den Bremer AfD-Vorstand gegeben, mit den BIW im anstehenden Wahlkampf zusammen zu arbeiten. Der Vorstandsbeschluss beziehe sich konkret auf dieses Szenario und bedeute, dass der Bremer Landesvorstand der AfD an keiner Zusammenarbeit mit den BIW im anstehenden Wahlkampf interessiert sei.

Jan Timke zeigte sich [gegenüber bluNews](#) überrascht über dieses Vorgehen der AfD:

„Wir bedauern, dass der Bremer Landesvorstand der AfD die Tür für Gespräche zugeschlagen hat und damit eine konservative politische Kraft ausgrenzt“, so Timke gegenüber blu-NEWS. „Einzigster Nutznießer ist das Establishment in Bremen.“

Warum man sich von der SVP, den BIW und Jan Timke abgrenzen muss, bleibt das Geheimnis der AfD-Führungspersonen. Damit keine Missverständnisse aufkommen: Ich persönlich habe mich über die Wahlerfolge der AfD in Sachsen, Thüringen und Brandenburg sehr gefreut, denn wir brauchen eine wirkliche Alternative zu den verknöcherten politisch korrekten Altparteien. Dabei sollte es nicht um Parteinaamen oder Personen gehen, sondern ausschließlich um Problemlösungen. Wer dies letztlich schafft, ist völlig unerheblich.

Die Gefahren, die in Deutschland durch ungebremste Asylantenflutung, Islamisierung, steigende Kriminalität, Gewaltexzesse, Überfremdung und hemmungslose Ausbeutung der Sozialsysteme entstehen, sind so gravierend, dass uns nicht mehr allzuviel Zeit bleibt, um sie anzupacken. Ich habe bei der Aufzählung ganz bewusst die Fehlentwicklungen in Bezug auf EU / Euro weggelassen, da diese durch die AfD bereits umfangreich kritisiert werden. Aber in den anderen Bereichen muss man ebenfalls klare Kante zeigen. Lucke scheint hier jedoch immer wieder auf die Bremse zu treten. Dass viele an der Basis anders denken, ist bekannt. Ob sie sich mit ihren

Ansichten in der AfD mittelfristig durchsetzen können, ist eine andere Frage.

Claus Wolfschlag: „Schule mit Courage“



Auch eine örtliche

Schule erhielt unlängst den Titel „Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage“ verliehen. Hurra. Lächelnde Schüler präsentierten das schwarz-weiße Werbeschild der Aktion, das ab sofort den Haupteingang der Lehranstalt zieren soll. Nun dienen Lehranstalten nicht nur dazu, jungen Menschen das Rüstzeug für das Leben mitzugeben, sondern auch der politischen Erziehung. Und folglich hat eine solche Aktion eine klare erzieherische Funktion. Sie soll dabei mitnichten nur dazu dienen, daß Menschen liebevoller miteinander umgehen. Dann würde ja auf dem Schild „Schule ohne Aggression, Schule mit guter Laune“ stehen.

Vielmehr geht es um eine ganz eindeutige politische Zielsetzung. Jede Ablehnung von Menschen anderer Herkunft, und zwar völlig unabhängig von Anzahl und Prozentanteil, soll kriminalisiert und in den Köpfen der jungen Menschen frühzeitig als „unmoralisch“ verankert werden. Diese Kriminalisierung schließt jede Kritik an Zuwanderung und jedes

Beharren auf einem der eigenen Kultur zustehenden Territorium ein.

„Antirassismus“ stößt bei selbstbewusste Migranten an seine Grenzen

Die Köpfe der jungen Schüler sollen offen gehalten werden für eine „multikulturelle“ Einwanderungsgesellschaft, die ja nur in einer kurzen Übergangszeit optisch zu mehr „Vielfalt“ führt, mittel- und langfristig aber zur globalen Angleichung der Kulturen bzw. zum Verschwinden der abendländischen Lebensform.

Dabei ist der schulische „Antirassismus“ selbst „rassistisch“ fundiert. Er richtet sich nämlich, allen Bekundungen zum Trotz, real vor allem gegen die einheimischen Deutschen. Zwar gibt es Bekenntnisse gegen Homophobie und Antisemitismus bei Migrantenkindern, doch das sind allenfalls Nebenspielwiesen. Spätestens dann nämlich stößt der „Antirassismus“ an seine Grenzen, wenn er nicht auf weiche Deutsche, sondern selbstbewusste Migranten trifft, die ihre Konflikte nach Deutschland importieren. (Weiterlesen in der [Jungen Freiheit](#))

**Bonn: Landesvermessungsamt
wird Notunterkunft für
Flüchtlinge**



Am Donnerstag fand in der Bonner Außenstelle des [ehemaligen Landesvermessungsamts](#) im Bad Godesberger Nobelstadtteil Muffendorf die erste Bürger-[Informationsveranstaltung](#) zur unmittelbar bevorstehenden Einrichtung einer Notunterkunft in der stillgelegten Druckerei für (zunächst) 200 Flüchtlinge statt. Rund 300 besorgte Bürger, darunter eine 20 bis 25 starke Abordnung der Konfrontation suchenden Kindergarten-„Aktivisten“ der Antifa, drängten sich im hoffnungslos überfüllten Saal zusammen.

(Von Verena B., Bonn)

Zeitweise ging das Licht aus, es fehlte an Mikrofonen und die Luft war zum Umfallen. Anwohner hatten zuvor bereits Protest angekündigt. Zwei Einsatzfahrzeuge der Polizei waren vor Ort, „um den Verkehr zu regeln“.



Durch die Veranstaltung führten Wilhelm Steitz (Foto li.), stellvertretender Regierungspräsident und Hausherr in der Godesberger Außenstelle der Bezirksregierung, Thomas Sommer (Foto, Mitte), Hauptdezernent der Bezirksregierung Arnsberg, und der bekannte SPD-Islam-Politiker Bernhard „Felix“ von Grünberg (MdL), u.a. stellvertretender Vorsitzender der UNO-Flüchtlingshilfe e.V., Experte für Ausländerrecht und Sympathisant der radikal-fundamentalistischen „[Islamischen Gemeinschaft in Deutschland](#)“ (IGD)“.



Herr Sommer gab zunächst einen Überblick über die Flüchtlingssituation ganz allgemein. Zurzeit seien weltweit 45 Millionen Menschen auf der Flucht, von denen 80 Prozent in Entwicklungsländer gingen. Durch den Nahostkonflikt sei aktuell wieder ein sprunghafter Anstieg der Asylsuchenden zu verzeichnen, der erfahrungsgemäß insbesondere in den Monaten Oktober bis Dezember noch einmal drastisch zunehme. Zu den Flüchtlingen zählen Flüchtlinge aus Kriegsgebieten ebenso wie Flüchtlinge, die derzeit (sichere Herkunftsstaaten) „reflexartig“ als Wirtschaftsflüchtlinge bezeichnet würden.

Die momentan herrschende besondere Notsituation für die Erstaufnahme von Flüchtlingen erkläre sich unter anderem auch dadurch, dass im August fünf Einrichtungen nach Fällen von Mumps, Masern und Windpocken geschlossen werden mussten, so dass 2.500 Personen schnellstens zusätzlich untergebracht werden müssten. Daher biete sich als „vorläufige“ und bis Ende

März befristete Notlösung das Landesvermessungsamt an, das somit die erste Notunterkunft des Landes im Regierungsbezirk Köln sein werde. Sommer berichtete verzweifelt, dass er gerade noch über das bevorstehende verlängerte Wochenende planen könne und dann sehen müsse, wo er die vielen Invasoren Flüchtlinge unterbringen könne.

Er berichtete, dass man den Vertrag mit der in die Schlagzeilen geratenen Privatfirma „European Homecare“ gekündigt habe und nunmehr das Deutsche Rote Kreuz (DRK) die Betreuung der Flüchtlinge übernehmen solle. Das sei auch viel besser, da sich Wohlfahrtsverbände vor Ort besser auskennen. Die Kosten hierfür übernimmt das Land.

Das Amt dient als Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge, die zwei bis drei Tage, zwei bis drei Wochen oder notfalls auch zwei bis drei Jahre dort verbringen werden. In dieser Zeit werden sie registriert, medizinisch untersucht und geimpft und sollen sich von den erlittenen Strapazen erholen. Dann soll der Asylantrag gestellt werden. Auf Anfrage teilte Herr Sommer mit, dass für die Betreuung der (zunächst) 200 Flüchtlinge drei bis vier Sozialarbeiter (!) zur Verfügung stünden. Hinzu käme natürlich noch das Sicherheits- und Verköstigungspersonal. Darum müsse sich jedoch die Stadt kümmern. Dolmetscher stünden selbstverständlich in ausreichender Anzahl zur Verfügung. Außerdem sei eine „Task-Force“, bestehend aus Vertretern der Bezirksvertretung, zur Kontrolle der Standards eingerichtet worden. Für ausreichende Hygiene sei gesorgt: Toiletten und Duschen sollen in Form von Containern auf der grünen Wiese aufgestellt werden. Bis [spätestens zum 12. Oktober](#) soll alles fertig sein, damit die Flüchtlinge schnellstens einziehen können, um dann in kurzer Zeit auf die Asylbewerberunterkünfte der Kommunen verteilt zu werden. Selbstverständlich sei das nur eine vorübergehende Lösung, es sei aber auch nicht ganz auszuschließen, dass das Amt im äußersten Notfall nach entsprechendem Ausbau zu einer Dauereinrichtung werden könne. Darüber wolle man den Bürger

keinesfalls im Unklaren lassen.

In der anschließenden Diskussion erklärten sich viele gute Menschen bereit, den Flüchtlingen zu helfen. Ein intelligenter Bürger, der nicht auf die Behauptung reingefallen zu sein schien, dass nur arme, verfolgte christliche Flüchtlinge kommen, sagte, es kämen ja bekanntermaßen nun doch ganz viele Menschen unterschiedlicher Nationalitäten in den Lagern zusammen, was wegen der unterschiedlichen Kulturen problematisch sei. Ferner wollte er auch noch wissen, ob die „syrischen Flüchtlinge“ entsprechend ihrer Glaubensrichtung (Schiiten, Sunniten, Aleviten etc.) getrennt untergebracht würden, da dies ansonsten ja bekanntlich zu Gewalttätigkeiten der Gläubigen untereinander führen könne. Herr Sommer betonte ausdrücklich, dass natürlich keine Separierung erfolge, da Artikel 16 (von was?) keinen „Filter“ kenne (alle Menschen sind gleich, alle Menschen sind gut).

Die nächste Frage war noch unangenehmer: Bad Godesberg sei ja nun eine Hochburg der Salafisten und das Heim befände sich in unmittelbarer Nähe der König-Fahd-Akademie, und da stelle sich die Frage, wie die Sicherheit der Heimbewohner und der Anwohner gewährleistet werden solle, wo die Polizei doch ohnehin personell extrem unterbesetzt sei. Die Anwohner hätten Angst vor eventuellen Ausschreitungen und Übergriffen. Herr Sommer versicherte, dass alles mit der Polizei abgesprochen sei und sich die Bürger keine Sorgen machen sollten. Eine Dame murmelte: „Jetzt flüchten die vor den Salafisten und treffen in Bad Godesberg schon wieder auf Salafisten!“

Eine gute Frau wollte wissen, ob man auch direkten Kontakt mit den Flüchtlingen aufnehmen könne. Das wurde zögerlich damit beantwortet, dass man eventuell einen „runden Tisch“ einrichten werde, die Bürger aber davon absehen sollten, persönlich Kleider- und Spielzeugspenden im Heim abzugeben.

Eine andere Bürgerin fühlte sich nicht abgeholt und war sauer, dass man so kurzfristig per Zettel im Briefkasten einfach vor

vollendete Tatsachen gestellt worden sei. Die Anwohner im Salafistenviertel Lannesdorf hätten gar keine Infos bekommen. Das soll sich demnächst ändern, und noch vor Einzug der Flüchtlinge soll eine weitere Informationsveranstaltung stattfinden. Herr Sommer betonte zwei Mal, wie zufrieden er mit dem Ablauf der Infoveranstaltung sei: Im Ruhrgebiet, vor allem in Duisburg, seien die Leute viel aggressiver gewesen! Ein jüngerer Mann sagte sehr bestimmend, er befürworte zwar durchaus das Engagement für die Flüchtlinge, aber das Heim dürfe keine dauerhafte Einrichtung werden, und: „Das sage ich ganz entspannt!“

Weniger entspannt ging es zwischenzeitlich im Veranstaltungsraum zu: Da drei Vertreter des PRO-NRW-Kreisverbands anwesend waren, fühlte sich die Antifa berechtigt, diese anzupöbeln und wollte sie verprügeln. Die PRO-Leute verließen daraufhin den Raum, um die Veranstaltung nicht zu stören. Im Freien entspann sich dann eine lautstarke Auseinandersetzung des Antifa-Rudelführers mit der Polizei, die wieder einmal Anstandsunterricht erteilen musste. Die PI-Reporterin wurde als Mitglied der AfD verortet und wegen ihrer Fotoaufnahmen gerügt. Sie sagte, dass diese Leute ja auch Großaufnahmen der ihnen nicht genehmen Personen ins Netz stellen würden und sie sich daher dasselbe Recht herausnehme. Die Polizei schritt noch einmal deeskalierend ein, um „Gewalt“ zu verhindern. Die Bürger nahmen die lautstarke Aktion mit Kopfschütteln zur Kenntnis.

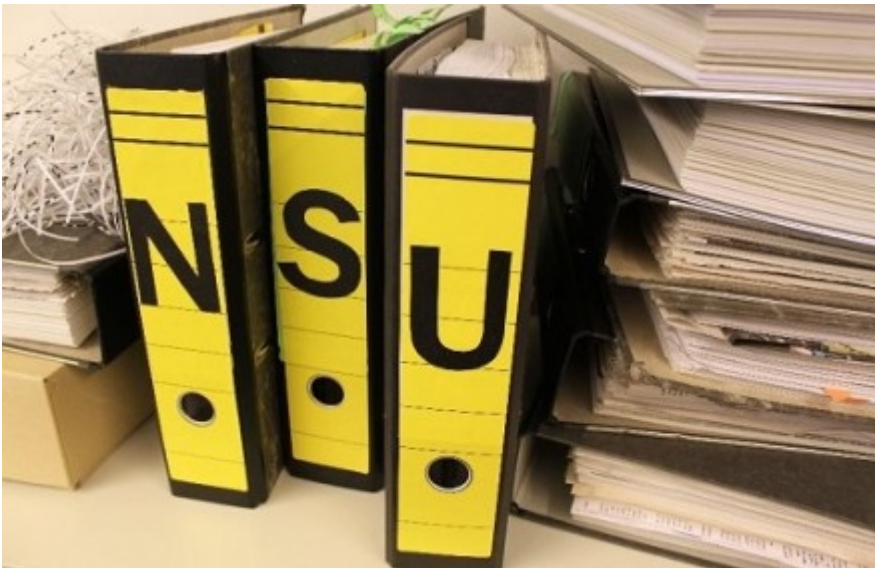
Nunmehr können sich die Godesberger freuen, zusätzlich zum unerwünschten [muslimischen „Medizintourismus“](#) jetzt auch noch in den Genuss eines „Asyltourismus“ zu kommen. Auf jeden Fall wird Allahbad jetzt noch multikultureller und bunter – was ganz im Sinne des OB Jürgen Nimptsch (SPD) sein dürfte! Bezahlen dürfen die Bürger das dann unter anderem mit einer geplanten Erhöhung der Grundsteuer um 56 Prozent, der Schließung mehrerer Schwimmbäder und der Kammerspiele in Bad Godesberg. Doch das nimmt der Godesberger Michel gerne hin,

denn er ist ein guter Michel!

In der [WDR-Mediathek](#) gibt es einen Bericht zu diesem neuen Akt wider die Bürger.



NSU-Leaks: Originaldokumente en masse



Daß beim NSU-Prozeß vieles nicht stimmt, daß es schlimme Widersprüche gibt, haben wir bereits einige Male geschrieben. Jetzt werden aber immer mal wieder nicht öffentliche Originaldokumente veröffentlicht, genauer gesagt „geleakt“, aber die Presse interessiert sich nicht, darum hier nicht der letzte Hinweis: [auf diesem Blog werden](#) auch heute wieder Originalakten veröffentlicht, die jeder herunterladen kann, der Brand von Zwickau etwa. Es ist

unmöglich, sich schnell in die Lage einzuarbeiten, aber die Arbeit des Blogs erscheint sehr seriös. Dazu auch noch einmal ein [Artikel im Kopp-Verlag mit vielen Links](#) zum Anklicken, welche zu solchen Dokumenten führen, die es verdienen, eine breitere Öffentlichkeit zu finden!

Asyl-Irrsinn in Deutschland: Fürstenfeldbruck – 600 Asylbewerber mit Soldaten in Kaserne



Zunächst einmal vielen Dank an die zahlreichen Leser, die unserem Aufruf zur Serie „Asyl-Irrsinn in Deutschland“ gefolgt sind und uns schon in den ersten Tagen viele Informationen, Links und Bilder zugesandt haben. So auch aus Fürstenfeldbruck. In der oberbayrischen Idylle sollen ab dem 3. Oktober die ersten 200 von vorerst 600 Asylbewerbern in den Fliegerhorst einziehen.

Dass das nicht die endgültige Zahl sein muss, zeigt der Umgang mit den Plänen der nur eine halbe Stunde entfernt liegenden Bayernkaserne in München. Die war ursprünglich von der

Bundeswehrverwaltung für 350 Flüchtlinge vermietet worden. Inzwischen leben dort [rund 2000 Asylbewerber](#).

Zaun trennt Soldaten und Asylbewerber

Mitten durch den Fliegerhorst in Fürstenfeldbruck entsteht ein bis zu 800m langer Trennzaun, der die Kaserne teilen wird. In einem Teilbereich werden die „Flüchtlinge“ die Unterkünfte beziehen und im anderen wird die Bundeswehr die Kaserne weiter nutzen dürfen. Es handelt sich hier um eine beheizbare Gebäudefläche von insgesamt 15.000 Quadratmetern, die den Asylbewerbern zur Verfügung gestellt wird. Natürlich wurde die Kaserne in den Bereichen die für die Asylbewerber vorbehalten ist, renoviert. Zusätzlich wird auch ehemaliges Eigentum der Bundeswehr wie Spinde, die Küchenausstattung und anderes in Zukunft von den neuen Bewohnern genutzt werden können.

Ursprünglich hatte man damit gerechnet, dass nach spätestens drei Monaten die Neuankömmlinge auf die umliegenden Kommunen verteilt werden können. Durch den großen Ansturm der Menschenmassen, die in Deutschland Asyl suchen, dürfte sich bei gleichzeitiger Verteilung in die Nachbargemeinden aller Voraussicht nach die in der Kaserne lebende Zahl an Personen trotzdem noch erhöhen.

Ehemalige Grundschule sollte beschlagnahmt werden

Was das für die Nachbargemeinden im Einzelnen heißt, zeigt die Situation direkt vor Ort in Fürstenfeldbruck. So wird der Plan von Anfang September, die [Grundschule zu beschlagnahmen](#), vielleicht bald wieder an Aktualität gewinnen. Nur die jetzt neu eröffnete Möglichkeit die Menschen in der Kaserne unterbringen zu können, hat die Verantwortlichen von ihrem ursprünglichen Vorhaben Abstand nehmen lassen. Es werden aber schon jetzt nicht alle Asylfordernden in der Kaserne unterkommen, das zeigt der Plan, dass erstmals auch minderjährige „Flüchtlinge“ im ehemaligen Hotel Drexler in der Hauptstraße von Fürstenfeldbruck wohnen sollen. Um sie werden

sich zudem [Spezialisten für traumatisierte](#) Menschen kümmern.

Sollte bei steigenden Flüchtlingszahlen tatsächlich wieder die ehemalige Grundschule beschlagnahmt werden, dürfte auch der ursprüngliche Plan die leerstehende Schule abzureißen um dort Wohnungen für die angestammte Bevölkerung bauen zu können, gestorben sein.

Wir werden auch weiterhin die Augen und Ohren offen halten und das so lange wie in Deutschland, Österreich und der Schweiz die Verantwortlichen in Politik, Medien und den Kirchen meinen, wir müssten uns unbegrenzt und ohne Rücksicht auf die eigene Bevölkerung, den Flüchtlingsströmen aus aller Welt unwidersprochen ergeben. Der Asyl-Irrsinn hat ein Gesicht, wir zeigen es!

Bisher erschienen in der PI-Serie „Asyl-Irrsinn in Deutschland“:

- » 1. [Willkommenspakete und Rundumversorgung für 120 ledige Männer](#)
- » 2. [Premium-Wohnen mit Hausmeister, Heimleiter und Sozialarbeiter](#)
- » 3. [220 Asylanten für niederbayerischen Ort mit 850 Einwohnern](#)
- » 4. [Vaihinger Schloss – 250 Asylbewerber ins Wahrzeichen der Stadt?!](#)

Wenn auch Sie aus Ihrer Stadt Ähnliches zu berichten haben, sie von einer Schule, Turnhalle, einem Hotel, Schloss etc. Kenntnis haben, das umfunktioniert wurde oder werden soll, [schreiben sie an PI](#). Natürlich muss nicht immer eine ganze Geschichte mit dem Bild der Unterkunft verbunden sein, auch nur Foto(s) mit Ortsangaben und wenn möglich den wichtigsten Eckdaten des Asylheims, wie Anzahl der Bewohner, Personalaufwand etc. (nicht zwingend) reichen aus, um eine Chance auf Veröffentlichung zu haben.

ORF-Interview mit Hamed Abdel-Samad: „Der Islam ist eine tickende Zeitbombe“

Der ORF befragte gestern den Politologen, Schriftsteller und momentan wohl bedeutendsten Islamkritiker im deutschsprachigen Raum, Hamed Abdel-Samad, zum in Österreich verabschiedeten Islamgesetz. Er nahm erneut kein Blatt vor den Mund und warnte eindringlich vor den existentiellen Gefahren, die vom Islam ausgehen.

(Von Michael Stürzenberger)

Die Lawine der faktischen Aufklärung über den Islam rollt und ist nicht mehr aufzuhalten. Hamed Abdel-Samad spricht auch in einem höchst aufschlussreichen Interview mit der Wiener Zeitung Klartext:

Der Islam hat einen Geburtsfehler. Er ist sehr früh in seiner Geschichte politisch erfolgreich geworden und hat bereits zu Lebzeiten des Propheten einen Staat gegründet. Das hat keine andere Religion geschaffen. Der Islam ist von Anfang an politisch geworden. Und dabei vermischt sich Politik, Wirtschaft, Kriege und Gewalt mit der Religion. So wurde alles sakralisiert. Das ist das Ur-Problem. Nicht einzelne Passagen. (..)

Sie müssen sich von der juristisch-politischen Seite des Islams lösen, denn diese Seite trägt faschistoide Züge. Solange der Islam davon ausgeht, dass Gott der Gesetzgeber ist und seine Gesetze nicht verhandelbar und veränderbar sind, muss ich – wenn ich Demokrat bin – ablehnen, dass Gott der Gesetzgeber ist. (..)

Die moralische Niederlage ist nur möglich, wenn man sagt, dass die Idee des politischen Islams, der Scharia und des Kalifats an sich, falsch sind und nicht die Umsetzung von Leuten wie IS und Boko Haram, die den Islam nur falsch umsetzen. Das ist eine gefährliche Formulierung. (..)

Es braucht einen Bruch mit dieser Vorstellung, dass man aus dem Islam heraus Anweisungen für politisches Handeln beziehen kann. Die Geschichte lehrt uns, dass das unmöglich ist. Wann immer sich die Religion in die Politik einmischt, mündet das in politischen und wirtschaftlichen Katastrophen. (..)

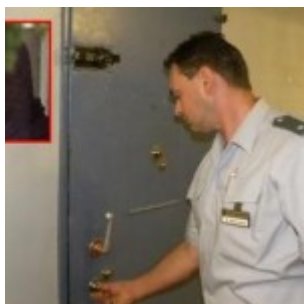
Die Kernbotschaft ist, dass die Menschen Gott dienen und seine Gesetze auf Erden vollenden sollen. Natürlich gibt es einen wesentlichen Unterschied zwischen einem Menschen im Irak oder in Syrien, der Ungläubigen den Kopf abschneidet, und einem Vater in Wien oder Berlin, der seine Tochter zwingt, ein Kopftuch zu tragen. Aber beide handeln aus dem Motiv heraus, sich Gottes Willen zu beugen, und ich habe als Mensch keine andere Wahl als Gottes Willen zu vollstrecken und da liegt das Problem. (..)

Der Islam hat den Anspruch das Leben eines Muslims zu regulieren, von dem Moment an, wo er aufwacht, bis hin zum Moment, wo er zu Bett geht. Wenn man sagt, es gibt einen moderaten Islam, der auf den Dschihad, auf die Scharia, auf Geschlechterapartheid und die Durchregulierung des Alltags verzichtet, was bleibt dann vom Islam übrig? Es gibt moderate Muslime, aber keinen moderaten Islam. Sie sind dann nicht wegen des Islams, sondern trotz des Islams moderat.

[Hier das gesamte Interview](#) in der Wiener Zeitung. Es kommt immer mehr Bewegung in die Sache. Leider stellen sich die verantwortlichen Politiker immer noch taubstumm. Weil sie die Hosen gestrichen voll haben, Geschäfte mit arabisch-islamischen Staaten machen (ganz aktuell: [Panzer für Katar!](#)) und scharf auf moslemische Wählerstimmen sind. Wohlwissend,

dass jene einen stetig wachsenden Anteil an der Gesamtbevölkerung stellen..

(Videobearbeitung: theAnti 2007)



Der verhungerte Schwarze aus Burkina Faso in der JVA Bruchsal und das Geschrei darum



In der JVA Bruchsal ist am 9. August 2014 ein Gefangener aus Burkina Faso tot in seiner Einzelzelle gefunden worden, der offenbar dort verhungerte. Sofort drehten Politik und Journaille in ihren

hysterischen Empörungs- und politikkorrekten Ermittlungsmodus, und man berichtete teilweise über drei Seiten und natürlich bundesweit von diesem Fall. Immerhin kam heraus, daß der Mann

gewalttätig und selber in den Hungerstreik getreten war. Selbstverständlich wurden gleich JVA-Beamte vernommen und nach Hause geschickt und der Anstaltsleiter freigestellt, und die Untersuchungen nahmen ihren Lauf. Stirbt ein Schwarzer, sind die Weißen in Alarmstufe 1! Und die Tatsachen?

Rasmane K. (33, kl. Foto oben) aus Burkina Faso, ein Asylant, hatte seine Ex-Freundin Sandra N. (37, drei Kinder) erstochen. Dafür kriegte der Mann wegen Totschlags zehn Jahre und war seit April 2011 in Haft, zuletzt in Bruchsal. Zuvor hatte er bereits in Vollzugsanstalten in Offenburg und Freiburg eingesessen.

Im Jahr 2012 hatte der Verbrecher im Offenburgener Gefängnis den Bereichsleiter seiner Station [aus nichtigem Anlass am](#) Hals gepackt und stieß dessen Kopf mit voller Wucht gegen seinen eigenen. Der 51-Jährige Beamte erlitt so schwere Verletzungen, dass er in den Ruhestand versetzt wurde. Dafür hat der Afrikaner später nur weitere 18 Monate Haft aufgebremst bekommen, und war in Einzelhaft verlegt worden, auch weil man den hochaggressiven Typen nicht einmal auf die anderen einsitzenden Häftlinge loslassen konnte. Sie hatten Angst vor ihm!

Weil sogenannte Beamtenangreifer stets in eine andere Anstalt verlegt werden, kam er nach Freiburg – verbunden mit besonderen Sicherungsmaßnahmen. Doch auch hier dasselbe aggressive Verhalten. Diese habe sich darin geäußert, „dass er Beamte biss, bespuckte und sich regelmäßig in provokanter Haltung diesen gegenüber aufbaute“, heißt es in der Stellungnahme. [Alle Hilfsangebote habe er](#) abgelehnt. Als der Häftling im Sommer 2013 erneut einen Beamten abgriff, wurde er nach Bruchsal verlegt. War er schon in Freiburg seit November 2012 in Einzelhaft gewesen, so holte auch Bruchsal beim Justizministerium die Zustimmung zu dieser „unausgesetzten Absonderung“ ein... Auch in Bruchsal kam niemand an den Häftling heran. Dieser sei weder zum Duschen noch zum Hofgang gegangen – trotz des

Angebots, ihm die Fußfesseln abzunehmen. Alles, was man ihm durch die Klappe gereicht habe, auch Verpflegung und Post, habe er unter fließendem Wasser abgespült.

Natürlich kam auch kein Arzt an ihn heran, und schon gar keine Ärztin, ohne in Lebensgefahr zu geraten:

Und die Ärztin hat den Gefangenen auch nicht untersucht. Sie konnte es gar nicht, denn der Häftling ließ niemanden an sich heran und wehrte sich so heftig, dass die Beamten „Spuckhauben“ tragen mussten. Mehr als eine medizinische Inaugenscheinnahme war wohl nicht drin – und das wird der Medizinerin nun zum Verhängnis.

Jetzt hat der Staatsanwalt Anklage gegen den Anstaltsleiter und die Ärztin erhoben, und [ein CDU-Abgeordneter aus der Opposition](#) will einen Extra-Knast für solche Typen:

Sein CDU-Kollege Karl Zimmermann hat schon eine Idee: Er erwägt die Einrichtung einer gesonderten Haftanstalt für psychisch auffällige Häftlinge. „Wir haben derzeit bis zu hundert Gefangene, die hoch problematisch sind“, sagte er unserer Zeitung, „da müssen wir uns überlegen, ob nicht eine besondere Einrichtung notwendig ist.“ Diese müsse extra gesichert sein und auch spezielle räumliche Voraussetzungen haben.

Warum ein solches Geschrei um einen geistesgestörten Schwerverbrecher, der im Hungerstreik und geistiger Umnachtung starb. Eine Verlegung in eine Irrenanstalt hätte da auch nichts gebracht, dasselbe hätte sich dort abgespielt. Warum also dieses überproportionale Geschrei?

Der tiefste psychologische Grund [ist natürlich Adolf Hitler!](#) Trotzdem darf man sich vielleicht heute im Jahre 2014 auch fragen, wieviele „Fachkräfte“ wir importieren müssen, deren Steuern reichen, um alleine die Kosten für diesen einen

eingewanderten Häftling zu begleichen, ganz abgesehen vom angedachten Extra-Knast des CDU-Fritzen und den anderen eingewanderten Häftlingen! Vorgestern sagte der Generalbundesanwalt Ziercke so nebenbei, rund 5000 Russen saßen in unseren Knästen ein, wobei jeder weiß, daß „Russen“ nicht nur Russen sind, sondern auch Tschetschenen et cetera! Unter dem Strich erscheint die Masseneinwanderung von Hinz und Kunz ins Weltsozialamt Deutschland immer stärker als Minus-Geschäft!



Draghi kauft Schrott für eine Billion Euro



Mario Draghi, der Berserker an der Spitze der EZB, will jetzt für bis zu einer Billion Euro Schrottpapiere

aufkaufen, um die EU mit Geld zu schwemmen und die Inflation anzuzehnen. Gebremst wird er von niemand. Er herrscht ohne jegliche Kontrolle völlig undemokratisch wie ein Diktator und die Regierungschefs, an der Spitze unsere alternativlose Merkel, lassen ihn machen in der Hoffnung, er rette den Euro. In Wirklichkeit ist Europa eher in den Händen einer Räuberbande und die Rettung des Euro ferner den je, wenn man

es genau nimmt.

Für was und wogegen gehen die Leute alles auf die Straße in Deutschland? Kein Kinkerlitzchen ist klein genug, um zu demonstrieren, zu agitieren, zu fordern und zu schreien. Und da sitzt eine Mafia-Bande an der Spitze der EU, die uns Milliarden klaut, Deutschland bis aufs Hemd auszieht und am Ende haben wir den totalen Zusammenbruch unseres Finanzsystems, eingeleitet von Angela Merkel, die 2008 damit angefangen hat, die Schulden anderer Länder zu übernehmen.

Heute sitzen wir bereits mit über 2 Billionen Euro in der Kreide, die EZB hat eine Bilanzsumme von noch einmal 2 Billionen Euro und will nun eine weitere Billion draufpacken. Von den Schulden Frankreichs, Italiens, Spaniens etc. ganz zu schweigen. Und kein Mensch protestiert. Noch nicht einmal zehn Leute gehen auf die Straße und machen Merkel die Hölle heiß. Links:

Draghis billionenschwere [Verzweiflungstat!](#)

Hans-Werner Sinn: Die EZB mutiert [zur Bad Bank!](#)

Und hier [die FAZ, wo Sie](#) die Leserkommentare beachten sollten!

AfD-Chef Lucke stellt Moscovici bloß! Auch hier [die Leserkommentare beachten!](#)